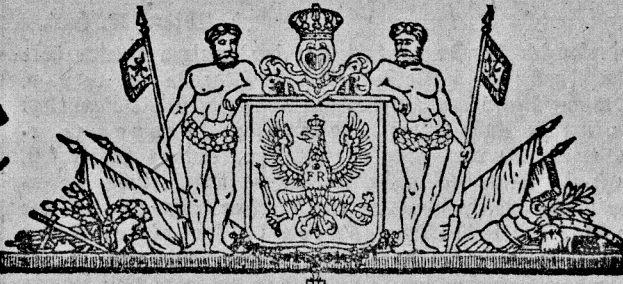


Vossische



Zeitung

1.50 Mark
(Im Ausland: 2 Mark)

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit
Kurszettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Aem. d. Handelst.): I V: Dr. W. H. Edwards-Bln Univ. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11832. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 650.

Neuer Kurs in Oberschlesien.

Von
Dr. Herbert Weichmann,
Berichterstatter der „Vossischen Zeitung“.

* Breslau, 13. Juli.

Die Uebergabe Oberschlesiens an die endgültigen Staatsgewalten ist nunmehr vollzogen. Für die Politik in Oberschlesien ist damit ein neuer Abschnitt eröffnet. Formale ist zunächst ihr bisher durch viele außenpolitische und innenpolitische Rücksichten gebundener Gang mit der Schaffung endgültiger Zustände und dem Verbleiben der in Ost-Oberschlesien traurigen, in West-Oberschlesien freundlichen Gefühlsimpulse seiner taktischen Fesseln entbanden. Sachlich ist die neue Aufgabe der ober-schlesischen Politik ihre Umstellung vom Abstimmungsstadium und seinen Nachwirkungen auf den Aufbau Oberschlesiens mit dem bestimmten Ziele, innerlich in diesem durch soziale Wirren, wirtschaftliche Krisen, Aufstände und politische Korruptionen zerstörten Lande ein innerlich pazifiziertes, staatlich geordnetes und dem Deutschen Reich freudig verbundenes Gemeinschaftsleben wieder erstehen zu lassen.

Für die Erledigung dieser Aufgabe werden die nunmehr verantwortlichen deutschen Regierungsstellen sich zunächst einen klaren objektiven Einblick in die Sachlage verschaffen müssen und hierbei weder durch nationale Erregtheit, noch insbesondere durch Gemütnungen bestimmter unverantwortlicher Stellen eine Erlebung des tatsächlichen Bildes zulassen dürfen. Der in Politik und Wirtschaft fortwährende Zusammenhang von West-Oberschlesien und Ost-Oberschlesien wird hierbei immer die gleichzeitige Beobachtung auf beide Gebiete erfordern.

In Ost-Oberschlesien, also dem nunmehr polnischen Teil Oberschlesiens, sind auf allen Gebieten des öffentlichen Verkehrs schwere Störungen eingetreten.

Die Eisenbahnverwaltung hat bis jetzt noch nicht einen geregelten Zugverkehr sicherstellen können. Trotz der Uebergabe reichhaltigen Maschinenmaterials besteht ein starker Maschinenmangel, der durch unsachgemäße Behandlung der Lokomotiven eingetreten ist. Die Züge verkehren infolgedessen unregelmäßig, gelangen oftmals auch auf falsche Geleise und erleiden, insbesondere an den Grenzstationen, an denen Maschinenwechsel vorgenommen wird, infolge des Fehlens der polnischen Lokomotiven außerordentliche Verzögerungen.

In der Postbestellung ist es bisher nur gelungen, den Briefverkehr ordnungsmäßig durchzuführen, während dagegen der Telefonverkehr und die Paketbestellungen dauernden Störungen unterliegen.

In der Wasserversorgung herrscht in Ratiboritz bedrohlicher Wassermangel. In manchen Tagen der Woche gibt es nur während einer Tagesstunde Wasser, insbesondere für die gewerblichen und industriellen Betriebe ein großer Nachteil, der bereits zu Schritten des Berg- und Hüttenmännischen Vereins zur Schaffung neuer Wasserzentralstationen geführt hat.

In der Industrie besteht eine auch von polnischer Seite ausgehende beständige latente Gefahr schwerer Krisen. Die Ursachen liegen hier in den politischen Zuständen, besonders in den Terrorakten gegen deutsche Beamte und Arbeiter, denen polnische Arbeiter bisher nicht erfolgreich entgegenzuwirken vermochten.

In der polnischen Beamtenschaft machen sich Reibungserscheinungen bemerkbar, die nicht unerwartet kommen und auf dem Gegensatz des Oberschlesiens zum Kongresspolen beruhen. Es ist wahrscheinlich, daß sich diese Reibungen noch zu ernsthafteren Gegensätzlichkeiten verdichten werden.

Biel weitgehender und bedenklicher liegen die Zustände auf dem Gebiete der staatlichen Ordnung. Selbst die Warschauer Zeitungen haben hier bereits Marmuse ergoßen lassen, wie sie in gleicher Festigkeit auf deutscher Seite noch nicht ausgesprochen worden sind.

Das allgemeine Gefahrenzentrum für die öffentliche Sicherheit bildet hier zunächst die Bewaffnung der Bevölkerung. Hunderttausende besitzen in Polnisch-Oberschlesien Feuerwaffen, Maschinengewehre, Handgranaten, Munition, die in gleicher Weise in der Hand der einzelnen wie in der zahlreicher Bände jede öffentliche Sicherheit zerstören und angesichts der politischen Erbitterung der Bevölkerung über vom deutschen Selbstschutz gemeldete Terrorakte zu immer wieder blutigen Ausschreitungen führen.

Am bedrohlichsten ist die Exterminationsbewegung gegen die deutsche Bevölkerung. In steigender Kurve werden hier die deutschen Familien zum Verlassen des Landes gezwungen und so eine Evakuierung der Gruben und Hütten von deutschen Fachleuten und Beamten erreicht, die den Gegenstand ernsthafter Sorge der polnischen Behörden bildet.

Eine weitere feindliche Stimmung mehr wirtschaftlicher Natur besteht jedoch noch gegen die Ankömmlinge aus Polen und die galizischen jüdischen Kaufleute, die sich von Tag zu Tag mehrt, da tatsächlich diese kongresspolnischen Elemente fast sämtliche Waren in Oberschlesien aufgelaufen und zu einer allgemeinen Preissteigerung beigetragen haben.

Attentat auf den Pariser Präfekten.

Poincaré sollte das Opfer sein.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

vi Paris, 14. Juli.

Bei der Rückkehr von der heute anlässlich des Nationalfeiertages stattfindenden Parade gab ein Anarchist auf den neuen Polizeipräfekten von Paris Raubin drei Revolverkugeln ab. Raubin blieb unverletzt, der Täter wurde verhaftet. Er hat eingestanden, daß er beabsichtigt habe, den Ministerpräsidenten Poincaré zu erschließen.

„Die neue Völkerverfleischung.“

Der Kanzler an die Amerikaner.

Heute vormittag empfing der Reichskanzler in der Reichskanzlei eine Gruppe von etwa 50 amerikanischen Studenten, die sich im Zusammenhang mit der so überaus dankenswerten in Amerika arbeitenden „Europäischen Studenten-Hilfe“ auf einer Rundreise durch Europa befinden.

In einer Ansprache behandelte der Kanzler das Reparationsproblem und führte dazu aus, daß erfreulicherweise sowohl in England als auch in Amerika immer mehr die Erkenntnis wachse, daß das Reparationsproblem ein europäisches und ein Weltproblem sei und daß diese Erkenntnis jetzt auch schon an die Pforten Frankreichs klopfte. Wirtschaftliche Fragen ließen sich nicht durch Ultimaten und Diktate mit dem Säbel lösen. Zum Abschied gab der Kanzler den jungen Amerikanern auf ihren besonderen Wunsch einige Geleitworte mit, in denen er sagte: Auch ein besiegtes Volk hat Anspruch auf Gerechtigkeit. Man kann von einem Volk nicht mehr verlangen, als in seinen Kräften steht. Amerika hat die Sklavenbefreiung erkauft; wenn man von einem Volk in Europa mehr verlangt, als es leisten kann, so ist das der Beginn einer neuen Völkerverfleischung.

Eine Warnung an Lloyd George.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

c London, 14. Juli.

Der Exekutiv-Ausschuß der Vereinigung der britischen Industriellen hat gestern dem Premierminister folgende Entschließung zugedacht, die einstimmig angenommen wurde: „In Anbetracht der durch die Reparationsfrage und den Stand des deutschen Wechselkurses geschaffenen Lage wünscht unsere Vereinigung die Bitte zu erneuern, die sie am 19. Dezember vorgetragen hat. Sie hatte gebeten, daß die englische Regierung keine Verpflichtung übernehme, die bestehenden Arrangements irgendwie zu ändern, solange Industrie und Kaufleute, die durch diese Frage stark berührt werden, nicht Gelegenheit haben, ihre Meinung bekannt zu geben. Die Vereinigung wünscht besonders, daß die Regierung Englands sich nicht verpflichtet, Deutschland eine finanzielle Hilfe zu gewähren, ehe sie gefragt worden sei.“

In gewissen Downingstreet nahestehenden Kreisen verlautet, die englische Regierung beabsichtige, den Schatzkanzler Sir Robert Home persönlich nach Washington zu entsenden, um mit der amerikanischen Regierung über die Kompensierung der englischen Schuld zu verhandeln.

Der „Daily Telegraph“ meldet an anderer Stelle, das Garantiekomitee werde seine Arbeiten nicht vor morgen beenden und könne daher seinen Bericht nicht vor Mitte nächster Woche der Reparationskommission vorlegen. Augenblicklich verhandelt das Komitee mit der deutschen Regierung über Maßnahmen für die nächste Zukunft und habe besonders einen Gesetzentwurf in Vorbereitung, um die Kapitalflucht zu verhüten. Dieser Vorschlag werde von den verbündeten Sachverständigen sehr günstig beurteilt werden.

Schließlich ist auch eine kommunistische Gefahr nicht zu verkennen, die in sehr verbreiteten Rufen zum Klassenkampf, zur Befreiung aus der kapitalistischen Knechtschaft und zur Bildung eines Arbeiter- und Bauernstaates sich bemerkbar macht.

Die ober-schlesische Regierung steht trotz ernsthaften Bemühens diesen Zuständen noch machtlos gegenüber. General Steptseki, der Oberkommandierende in Polnisch-Oberschlesien, hatte von der Warschauer Regierung besondere Vollmachten zur Pazifizierung des Landes verlangt. Diese Vollmachten sind jedoch ihm, wie auch dem Wojewoden verweigert worden, und es muß daher sehr starkem Zweifel unterliegen, ob eine jetzt durch Aufrufe und Warnungen in Gang gesetzte Entwaffnungsaktion irgendeinen sichtbaren Erfolg erreichen kann. Politisch ist es aber immerhin nicht unwesentlich, festzustellen, daß die polnische Regierung, die sich freilich mit Rücksicht auf den Fortgang der Wirtschaft in einer besonderen Zwangslage befindet, einen ernsthaften Willen zeigt, geregelte staatliche Zustände herbeizuführen.

Der Kampf im Reparationsausschuss.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

vi Paris, 14. Juli.

Die Ueberreichung der provisorischen Antwort der Reparationskommission auf die deutsche Note ist erst in vorgerückter Abendstunde erfolgt, weil der englische Delegierte Sir John Bradbury sich lange geweigert hat, das Schriftstück neben dem französischen Vorsitzenden der Kommission, Dubois, zu unterzeichnen.

Dubois und Bradbury haben um den Wortlaut der Antwort erbittert gekämpft. Es handelt sich besonders um die Stelle, nach der die Kommission davon überzeugt ist, daß die Reparationszahlungen nur eine der Ursachen der Markentwertung, und zwar die wichtigste, darstelle. Bradbury lehnte zunächst den Zusatz: „und zwar die wichtigste“ ab. Er stimmte schließlich zu unter der Bedingung, daß das Wort „überzeugt“ gestrichen werde. Statt dessen sollte es nach seinem Vorschlag heißen: „Die Kommission glaubt, bemerken zu müssen.“ Da Dubois auf dem Wort „überzeugt“ bestand, schlug Bradbury vor, eine namentliche Abstimmung darüber zu veranstalten, welche Delegierten der Dubois'schen Auffassung und welche der seinen zustimmen.

Bradbury ist gestern abend nach London abgereist. Er hatte vorher noch eine lange Unterredung mit Dubois. Bradbury wird voraussichtlich am Montag nach Paris zurückkehren. Den französischen Pressevertretern wurde gestern im Hotel Astoria Bericht erstattet. Sie wurden darauf aufmerksam gemacht, daß es sich diesmal um die endgültige Lösung des Reparationsproblems handle. Der Erfolg des französischen Delegierten in der gestrigen Debatte und der Wortlaut der provisorischen Note selbst wurde von der Pariser Presse für ein günstiges Vorzeichen gehalten. Da niemand die Notwendigkeit eines Moratoriums leugnet, wird sich die bevorstehende Diskussion vermuthlich nur um die Frage der Garantien drehen, von deren Zusicherung durch Deutschland das Moratorium abhängig gemacht werden soll. Es verlautet, Bradbury habe gestern die Durchführung einer strengen Finanzkontrolle als beste Garantie bezeichnet. Der belgische Delegierte soll sogar für die sofortige Herabsetzung der deutschen Schuld eingetreten sein. Der französische Delegierte hat betont, daß Frankreich greifbare Sicherheiten für notwendig halte. Auf französischer Seite denkt man, wie schon berichtet, an die Schaffung eines Pfandes durch Abtretung eines Teiles des deutschen Aktienkapitals. Frankreich sei ferner entschlossen, unter Hinweis auf den Versailler Vertrag zu beantragen, daß Deutschland eine Erhöhung der inneren Schuldentilgung zur Pflicht gemacht wird.

„Petit Parisien“ bedauert, daß Bradbury nicht in der Lage sein wird, die englische Regierung zuverlässig über die Absichten der französischen Regierung zu unterrichten. Nach seiner Ansicht wird eine fruchtbare Unterhaltung erst möglich sein, wenn Poincaré sich mit Lloyd George trifft, was nach dem Blatt im Laufe der zweiten Julihälfte zu erwarten ist.

Lardieu greift Poincaré im Leitartikel des „Echo National“ heftig an wegen seiner beharrlichen Schwäche. Er gibt zu, daß das neue Moratorium bei der Lage der Dinge notwendig sei, hätte aber gewünscht, daß Poincaré den englischen Premierminister möglichst bald für die Bedingungen gewonnen hätte, von denen nach seiner Ansicht das Moratorium abhängig gemacht werden müsse. Nach Lardieu findet sich alles Erforderliche im Versailler Vertrag vorgesehen. Er verlangt nach Ausführung der betreffenden Paragraphen: Priorität der Reparationskommission auf alle deutschen Einnahmen, gleiche Steuerbelastung für Franzosen und Deutsche, Schaffung eines Pfandes aus dem gesamten deutschen Besitz, Abänderung deutscher Gesetze und Verordnungen soweit erforderlich.

In Deutsch-Oberschlesien bestehen naturgemäß alle jene Schwierigkeiten auf den Gebieten des öffentlichen Verkehrs nicht. Dagegen muß mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß die Zustände auf dem Gebiete der öffentlichen Sicherheit den Erfordernissen einer geregelten staatlichen Ordnung keineswegs wie in Polnisch-Oberschlesien entsprechen. Die Ursachen liegen hier in der ungehinderten Tätigkeit der Selbstschutzelemente oder zum mindesten des sogenannten „wilden“ Selbstschutzes. Blutige Ausschreitungen und Exterminationsbestrebungen sind hier nicht minder stark wie in Polen. Täglich ereignen sich Terrorakte gegen Polen oder angebliche Polen, die schon an sich verfehlt, insbesondere wegen ihrer Rückwirkung auf die Lage der Deutschen in Polnisch-Oberschlesien verurteilt werden müssen. Außerdem richtet sich der Terror aber auch zum Teil gegen die deutsche Bevölkerung selbst, insbesondere gegen die freigewerkschaftlichen Arbeiter, so daß eine außerordentliche Spannung unter der deutschen Bevölkerung eingetreten ist. Auch die antirepublikanischen